Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Comp., Nr. 90618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 80 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit: von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 50 Pf.

Nr. 266 | Dresden, Dienstag den 16. November 1920 | 31. Jahrg.

Die gefährdete Brotversorgung

Wir geben hier nachfolgenden Artikel des Herrn v. Batocki, des früheren Leiters des Reichsernährungsamts, aus dem Tag wieder, weil hier bestätigt wird, was wir wiederholt gesagt haben; daß unsre Volksernährung durch die gewissenlos leichtfertige Politik des Reichsernährungsministers Dr. Hermes auf das schwerste gefährdet ist.

Während des Krieges standen fast alle jüngeren Bauern und Landarbeiter an der Front, die besten Arbeitspferde waren ausgehoben, die übrigen konnten nicht ausreichend gefüttert werden, weil die Front viele Millionen von Zentnern Hafer für ihre Pferde gebrauchte, der Stickstoffdünger wurde für Pulverherstellung, das Kraftpflugbenzol für die Kraftfahrkolonnen und Flugzeuge gebraucht. So mußte der Ernteertrag Deutschlands von Jahr zu Jahr zurückgehen, und nur der bewunderungswürdigen Zähigkeit der deutschen Bauern und ihrer Frauen ist es zu danken, daß bis zum Zusammenbruch Deutschlands Heer und Bevölkerung ohne fremde Einfuhr zwar nicht auskömmlich ernährt, aber doch vor völligem Hunger bewahrt wurde. Auch die letzte Kriegsherbstbestellung 1918, wo die Erschwernisse der Landwirtschaft auf das höchste gestiegen waren, wurde so gut besorgt, daß das Brotgetreide der Ernte 1919 mit einer mäßigen Einfuhr bis zum Herbst 1920 ausreichte. Freilich drohte schon im Frühsommer 1920 der Zusammenbruch der Brotversorgung, weil das Ausland nicht genug Getreide liefern wollte, und er wurde nur dadurch vermieden, daß die deutsche Landwirtschaft im Winter vorher große Mengen Kartoffelmais zur Schweinemast günstig eingekauft hatte, mittels deren die 250 Gramm Brot — freilich wohl für Brot! — bis zur Ernte 1920 noch gerade geliefert werden konnten.

Zur Herbstbestellung 1919 waren menschliche Arbeitskräfte reichlich vorhanden, der Bestand an landwirtschaftlichen Zugtieren war wieder aufgefüllt, und alle erzeugten Betriebsstoffe standen, da der Heeresbedarf fortfiel, der Landwirtschaft zur Verfügung. Trotzdem aber hat die Herbstaussaat 1919, von deren Ertrag wir bis zum August 1921 leben müssen, niedrigere Aussaatflächen und geringere Hektarerträge, also im ganzen eine viel geringere Brotgetreidemenge ergeben, als die Kriegsernten vorher. Verschiedene Umstände haben das bewirkt: neben Ungunst der Witterung die verkürzte Arbeitszeit, die auch die volle Ausnutzung der Pferdekräfte verhinderte, verringerte Arbeitsleistung auch während der vorhandenen Arbeitsstunden, zum Teil wohl auch die Besorgnis der Bauern, daß ihnen der Erfolg ihrer Mühe durch Erntestreiks, durch falsche Preisfestsetzung oder gewaltsame „Requisition" der Städter genommen werden könnte.

Die Reichsgetreidestelle hat angegeben, daß in diesem Wirtschaftsjahr 40 Millionen Zentner Brotgetreide eingeführt werden müssen, um die knappe jetzige Brotration bis zur Ernte 1921 aufrechtzuerhalten. Der Zentner Weizen — Roggen kommt als Einfuhrgetreide von Uebersee wenig in Frage — kostet nach der letzten Zusammenstellung der Preisberichtstelle beim Kurse von 1 Dollar gleich 70 M., zur Dezemberlieferung der Zentner 261.80 M., das Pfund 2,61 M., das ergibt, wenn man die heutigen hohen Spesen für Fracht, Spedition, Mahl- und Backlohn berücksichtigt, einen Brotpreis von etwa 4 M. das Pfund, der wohl wieder zum Teil aus Reichsmitteln durch Drucken weiterer Mengen von Papiergeld gedeckt werden wird, damit die Verbraucher ihn nicht merken. Die 40 Millionen Zentner kosten nach dem heutigen Stande in Amerika also 10½ Milliarden M. Da Rohstoffmangel, Arbeitsverkürzung und Streiks einen entsprechenden Export unmöglich machen, können die 10½ Milliarden wohl nur mit neuem gedruckten Papiergeld bezahlt werden. Ob aber die Amerikaner uns im Frühjahr 1921 für dieses Papiergeld ihren guten Weizen hergeben werden und ob sie bejahendenfalls die Papiermark noch wie heute mit 6 bis 7 Pfennig und nicht etwa mit 2 oder 3 Pfennig bewerten werden, wissen wir nicht. Mehr als 40 Millionen Zentner werden wir für Papiergeld aber wohl überhaupt nicht erhalten.

Aeußerste Vorsicht in der Verwendung der eigenen knappen Getreidewerte ist also geboten. Fehlt es daran, dann kommen wir sicher mit den von der Reichsgetreidestelle errechneten 40 Millionen Zentnern nicht annähernd aus. Was aber geschieht?

4 Millionen Zentner für Brot brauchbarer Gerste, der Jahresbrotbedarf für eine 3-Millionen-Stadt, sind den Brauereien überwiesen worden, um wieder schwereres, besser räuschendes Bier herzustellen. Die Schweine brachten nach dem Berliner Schlachthausbericht vom 28. Oktober 13 bis 18 M. für das Pfund Lebendgewicht, d. h. man verwertet durch Verfütterung den Zentner Getreide mit 130 bis 200 M., während er bei Ablieferung 70 M. bringt. Infolgedessen sind die Ställe der Bauern und Landarbeiter (Großbetriebe können aus wirtschaftlichen Gründen nur ausnahmsweise große Schweinemast treiben) in vielen Gegenden Deutschlands mit Schweinen überfüllt, von denen jedes bis zur Schlachtreife neben entsprechenden Mengen von Magermilch und Kartoffeln den Jahresbrotbedarf von 2 bis 3 Menschen verzehrt. Auch die Getreideverfütterung an Mastrinder ist bei der heutigen Preisgestaltung wieder rentabel!

Im Frühsommer 1917 entstand trotz einer ziemlich günstigen Brotgetreideernte die furchtbare Brotnot, die uns dem Zusammenbruch nahe brachte, nur dadurch, daß im Winter vorher der Verfütterung der Mastschweine nicht scharf genug entgegengetreten war. Im Frühsommer 1918 kamen wir trotz mäßiger Ernte ohne Zufuhr mit dem Brotgetreide aus, weil im Winter vorher der dahmalige Ernährungsminister v. Waldow nicht nur durch Höchstpreisvorschriften, sondern daneben durch rücksichtslose Eingriffe die Zahl der Masttiere stark verringert hatte.

Jetzt schleppen die Zügel. Die Preisverhältnisse zwischen Zwangsbrotgetreidepreis einerseits und freiem Fleischpreise andererseits entwickelten sich zu einer Prämie auf möglichst starke Verfütterung, also bei unsrer Lage zu volkswirtschaftlich zu Millionen- und aber Millionen von Zentnern Getreide verschleudern in den Mägen der Mastiere. Und der Erfolg? Für Millionäre, Schieber und einzelne hochbezahlte Arbeitergruppen wird neben starkem Bier und Sekt in der ersten Hälfte 1921 auch reichlich fettes Fleisch zu entsprechend hohen Preisen zur Verfügung stehen, aber im Mai, Juni und Juli 1921 werden wir, wenn die eigenen Vorräte verfüttert und verbraut und die 40 Millionen Zentner, auf deren Einfuhr wir vielleicht hoffen können, verbraucht sind, in Amerika vergebens um das dann fehlende Brotgetreide betteln. Was aber das Aussetzen der Brotversorgung auch nur während einiger Wochen für die gesamte Bevölkerung bedeutet, das können uns die Bolschewisten in Petersburg und Moskau erzählen, zu denen wir durch unsre „Neukommunisten" ja gute Beziehungen haben. Der Raubbau, den wir heute an unserm Volkswohlstand im ganzen treiben, wird sich erst nach Jahren voll bemerkbar machen. Der Raubbau an unsrer diesjährigen knappen Körnerernte wird sich aber, wenn es so weiter geht, schon nach wenigen Monaten an den breiten Schichten der deutschen Bevölkerung furchtbar rächen, auch an denen, die sich jetzt harmlos und ahnungslos in den Tag hineinlebend, an dem guten Bier, an dem fetten Fleisch in den Läden, an Kaffee, Schokolade, Auslandstabak, Seidenstoffen und andern an Stelle von Brotgetreide planlos und sinnlos importierten schönen Dingen erfreuen.

* * *

Wir brauchen den Ausführungen des Herrn v. Batocki nicht viel hinzuzufügen. Er hat leider nur zu recht, unsre Volksernährung ist aufs höchste gefährdet. Es wäre ein Verbrechen gegen das deutsche Volk, wenn man die Warnungen eines Mannes wie des Herrn von Batocki nicht beachten würde. Es ist die Pflicht unsrer Fraktion, dem Herrn Reichsernährungsminister Hermes schleunigst ein Ultimatum zu stellen. Es müssen unverzüglich energische Maßnahmen getroffen werden, um unser Brotgetreide und unsre Kartoffeln vor übermäßiger Verfütterung zu schützen, ein Ziel, das freilich nur durch scharfe Eingriffe in unsern Viehbestand erreicht werden kann. Es darf nicht mehr Vieh gemästet werden, als sich das mit der Sicherung der Nahrungsmittelversorgung verträgt. Selbstverständlich werden alle derartigen Maßnahmen bei den Landwirten den schärfsten Widerstand und große — an sich nicht unberechtigte — Empörung hervorrufen, denn die Landwirte sind durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch dazu ermuntert worden, ihren Viehbestand zu vermehren.

Das darf aber unsre Regierung nicht davon abhalten, das zu tun, was zur Sicherung unsrer Ernährung notwendig ist. Mögen sich die Landwirte bei Herrn Hermes und den bürgerlichen Parteien bedanken, die durch ihre leichtfertige Politik die Landwirte zur Einstellung größerer Mengen von Vieh zur Mästung veranlaßt haben. Es liegt aber auch im Interesse der Landwirtschaft, daß das Notwendige recht bald geschieht, statt daß dann etwa zur Unzeit, wie z. B. im Jahre 1915, ein großes Schweineschlachten angeordnet werden muß. Weigere sich Herr Hermes, die notwendigen Maßnahmen zum Schutze der Volksernährung zu ergreifen, so müssen unsre Genossen im Reichstage alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anwenden, um den Mann so schnell wie möglich zu beseitigen, es würde ihnen sonst ein Teil der Verantwortung zufallen, wenn über das deutsche Volk eine Hungerkatastrophe hereinbricht, wie wir sie seit Beginn des Kriegs noch nicht erlebt haben.

Das Reichswirtschaftsministerium

Der Hauptausschuß des Reichstages setzte am Montag die Generaldebatte über den Haushaltplan für das Reichswirtschaftsministerium fort.

Auf einen in der vorigen Sitzung erhobenen Vorwurf des deutschnationalen Abgeordneten von den Berkhoff gegen Staatssekretär Dr. Hirsch (Reichswirtschaftsministerium), letzterer habe ihn für seine Politik zu gewinnen gesucht, indem er ihm einen Geschäftsanteil versprochen habe, wird heute durch den Reichswirtschaftsminister bekanntgegeben, daß bei der inzwischen erfolgten vorläufigen Untersuchung sich eine völlige Klärung der Angelegenheit noch nicht ergeben habe. Staatssekretär Dr. Hirsch jedoch zur restlosen Klärung der Angelegenheit bereits gegen sich die Einleitung eines Disziplinarverfahrens beantragt habe. Die Abgg. Riesser (D. Vp.), Dr. Bachnicke (Dem.) und Burlage (Ztr.) waren der Meinung, daß zunächst das Ergebnis des Disziplinarverfahrens abzuwarten sei, die Abgg. Hoch (Soz.) und Herz (U. Soz. rechts) wünschen dagegen die sofortige Beratung. Der Ausschuß beschließt, die Beratung bis zur Beendigung des Disziplinarverfahrens auszusetzen.

Abg. Dr. Herz (U. Soz. rechts): Der Kampf um die Beseitigung der Ausfuhrabgaben ist begleitend für die Widerstände, die das Reichswirtschaftsministerium entgegen dem bestimmt ausgesprochenen Wunsche der Reichstagsmehrheit in den sozialistischen Kreisen antrifft. Redner wendet sich dann lebhaft gegen die Absicht des Reichswirtschaftsministers, die Arbeitspflicht einzuführen.

Zum Etat des Reichswirtschaftsgerichts wird ein demokratischer Antrag gestellt, die Regierung zu ersuchen, eine Verordnung über die Erweiterung der Zuständigkeit des Reichswirtschaftsgerichts vorzulegen, ferner entsprechend der damit verbundenen Erweiterung der Zuständigkeit zur Errichtung für die Nachfolgeländer in vermehrter Zahl dezentralisierte Spruchstellen des Reichswirtschaftsgerichts zu schaffen. — Außerdem soll ein Zentrumsantrag zur Sprache kommen, die Bewilligung der Ein- und Ausfuhr nicht von der Zugehörigkeit oder vom Beitritt zu privaten Wirtschaftsverbänden abhängig zu machen.

Abg. Kamm (Dem.) beschwert sich darüber, daß von amtlicher Seite Ein- und Ausfuhrziffern veröffentlicht worden seien, die nicht den richtigen Eindruck von unserm Wirtschaftsleben geben. Dann begrüßt Redner die Zusammenfassung der Wirtschaftsressorts des Reiches im Reichswirtschaftsministerium. Die Kohlenfrage müßte als eine Frage der Weltwirtschaft betrachtet werden, dann würde auch der deutsche Standpunkt zu seinem Rechte kommen.

Abg. Dr. Riesser (D. Vp.) stellt zunächst folgende Anfragen: 1. welche Kriegsgesellschaften bestehen noch und für wann ist deren Auflösung in Aussicht genommen, 2. wie lange ist noch das Fortbestehen des Reichskommissars für die wirtschaftliche Demobilmachung und der seine Befugnisse regelnden Verordnungen in Aussicht genommen. Redner beschwert sich dann darüber, daß der Reichswirtschaftsminister die Stillegungsverordnung erlassen habe, ohne sie dem Reichstag vorzulegen. Dann wendet sich Redner dagegen, daß der Abg. Hoch (Soz.) in der letzten Sitzung des Hauptausschusses die angeblich verbrecherische Politik der durch Minister vertretenen freien Wirtschaft gegeißelt habe, die jetzt durch den Sozialisierungsantrag beseitigt werden müsse.

v. den Berkhoff (Dnat. Vp.) wendet sich scharf gegen die versuchte Unterstellung des Abg. Dr. Herz, der ihm vorgeworfen habe, beim Staatssekretär eine ihm genehme Auslegung des Reichstagsausschußbeschlusses wegen der Ausfuhrabgabe erwirkt zu haben. Richtig sei gerade das Gegenteil.

Minister Scholz erwidert, daß im fünften Ausschuß gewiß Strömungen vorhanden waren, die Ausfuhrabgaben ganz aufzuheben, jedoch wurde schließlich ein Kompromißweg gewählt, der ihm einwandfrei erschienen sei. Betreffs der Ausdehnung der Braunkohlenförderung stellte der Minister eine Steigerung der Produktion fest. Zur Frage der Bergarbeiterwohnungen erklärte der Minister, daß in Oberschlesien, wo der Bau der Wohnungen in den Händen der Unternehmer liege, bereits 2100 Wohnungen gebaut worden seien, gegen welche Zahl die 200—300 neuerbauten Wohnungen im Ruhrgebiet allerdings verschwinden. Der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht sei ein sozialistischer und demokratischer. Ein Zusammenhang mit der Frage der Arbeitslosigkeit bestehe bei diesem Problem überhaupt nicht. Betreffend den Stand der Kriegsgesellschaften werde noch ein genauer Bericht angefertigt werden.

Abg. Albrecht (D. Vp.): Die Kohlenpreise sind so knapp bemessen, daß für die Siedlungsbauten nichts übrig bleibt. Von Milliardengewinnen könne garnicht die Rede sein. — Nach Beantwortung verschiedener Fragen betr. Besoldung seiner Beamten durch Minister Scholz wird der Titel für die Beamtenbesoldungen in der Höhe von 3 143 225 M. vom Hauptausschuß bewilligt. Angenommen werden dann noch weitere Positionen im Gesamtbetrage von 14 435 913 M.

Dienstag Weiterberatung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums.

Landtagswahlen und Regierungsbildung

Die Presse innerhalb und außerhalb Sachsens beschäftigt sich eingehend mit den Landtagswahlen und der Frage, was nun werden soll. Wir geben im folgenden einige Pressestimmen wieder, und zwar zunächst einige bürgerliche.

Der Dresdner Anzeiger zitiert aus unserm gestrigen Artikel die Sätze über die Regierungsbildung und bemerkt dazu:

Richtig ist, daß das linke Uebergewicht über die bürgerlichen Parteien nur zwei Stimmen beträgt, da von den 96 Sitzen voraussichtlich 47 auf das Bürgertum entfallen werden. Unrichtig ist es aber, wenn die Dresdner Volkszeitung aus dieser Tatsache den Schluß zieht, daß die Regierungsbildung „solche Schwierigkeiten" machen müsse. Wir meinen, diese Schwierigkeiten sind dazu da, um tatkräftig überwunden zu werden. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, und wir rufen es sowohl der S. P. D. wie der D. V. P. zu, gemeinsam mit den Demokraten einen Weg der Verständigung zu beschreiten. Im Interesse Sachsens muß er beschritten werden, und den Tatsachen der Realpolitik ist ins Auge gesehen werden. Sonst blüh' der Weizen des Herrn Sinojew, der in Deutschland die Aera des Bürgerkriegs eröffnen wollte. Für eine Frontalpolitik liegen in Sachsen die Dinge für die russischen Minenleger günstig, denn die gesamtsozialistische Linke hat tatsächlich die Majorität mit zwei Stimmen behauptet, und der Anreiz für sie liegt nahe, die Ergebnisse dieser Wahl durch eine neue Wahl zu korrigieren. Hier werden sicherlich bald die russischen Minen ausgelegt werden und wir werden bald näheres aus Chemnitz und Leipzig hören. Deshalb meinen wir, sollte die S. P. D. die in Sachsen kluge und verständige Köpfe zu ihren Führern zählt, jetzt den Ernst der Stunde erkennen und die Hand zur Verständigung mit dem gemäßigten Bürgertum bieten.

Wir unsererseits wollen dafür eintreten, daß eine solche Verständigung zwischen den drei Parteien der D. V. P., der D. D. P. und der S. P. D. gefunden wird. Wir glauben, daß diese Politik im Interesse des Vaterlandes liegt.

Die in der Auslassung gesperrten Stellen sind bereits im Original im Druck hervorgehoben. Die zitierte Stimme wäre bemerkenswert, wenn dadurch die maßgebende Ansicht der Deutschen Volkspartei zum Ausdruck gekommen wäre, denn dann würde über die Frage Klarheit geschaffen sein, daß die Volksparteiler bereit wären, gemeinsam mit Sozialdemokraten und Demokraten eine Regierung der Mitte zu bilden. Das war seither keineswegs sicher; vielmehr mußte mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Volksparteiler eine Koalitionsregierung einschließlich der Deutschnationalen ins Auge gefaßt haben, die natürlich für jeden Sozialdemokraten von vornherein ausgeschlossen wäre. Aber auch dann, wenn die Volksparteiler zu einer Regierung der Mitte bereit wären, könnte damit für uns noch nichts entschieden sein. Wenn sich auch nicht leugnen läßt, daß, abgesehen von einigen Vorstößen Niethammers, das seitherige Verhalten der Blühergruppe im Landtage vorwiegend sachlich gewesen ist, so wird man doch das mehr als bedenkliche Verhalten der Volksparteiler im Reiche bei der Entscheidung der sächsischen Frage nicht außer acht lassen können. Dadurch aber würde eine Verständigung über eine Regierungsbildung in Sachsen außerordentlich auch dann erschwert, wenn die sächsischen Volksparteiler wirklich zu einer Politik der Mitte bereit wären.

Das Leipziger Tageblatt hat sich unsern gestrigen Artikel über die Landtagswahlen durch Drahtbericht übermitteln lassen; es druckt ihn ab und bemerkt dazu: „Im allgemeinen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201116/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG